

Pavel Szobi

Lizenz- und Gestattungsproduktion westdeutscher Unternehmen in der ČSSR und der DDR¹

Licensed and authorized production of West German companies in Czechoslovakia and the GDR

Abstrakt: Der Beitrag behandelt die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakei während des Kalten Krieges. Entgegen der politischen ‚Großwetterlage‘ wird dabei am Beispiel der Lizenzproduktion die Intensität der Wirtschaftsbeziehungen zwischen West und Ost in den 1970er und 1980er Jahren gezeigt. Gegenstand der Untersuchung sind dabei die institutionellen Bedingungen für die Zusammenarbeit sowie einzelne Kooperationsversuche. Im Mittelpunkt steht dabei die deutsche Marke Nivea, die auch in ihrer langfristigen Wirkung als Symbol des Westens und als Beispiel einer erfolgreichen Zusammenarbeit überprüft wird. Diese intensiven Aktivitäten westdeutscher Firmen und ihrer Investitionen in der DDR und der Tschechoslowakei lange vor 1989 zeigen das Potential, die deutsch-deutsche und die europäische Transformation stärker nach 1989 auf Kontinuitäten und Brüchen zu befragen.

Abstract: The article deals with economic relations between the Federal Republic of Germany, German Democratic Republic and Czechoslovakia during the Cold War. Its goal is to prove on the example of licensed production that in spite of ideological boundaries, the business relations between West and East flourished in the period of the 1970s and 1980s. The author characterizes institutional conditions for this cooperation, names individual cooperation attempts, and uses the example of the well-known German brand Nivea as a symbol of the West and an example of a successful cooperation. The article proves an intensive penetration of West German companies and their investments in the GDR and Czechoslovakia long before 1989 and shows the potentials of analyzing the German-German and the European transformation after 1989 more under the perspective of continuities and discontinuities.

Keywords: Tschechoslowakei, Deutsche Demokratische Republik, Lizenzproduktion, Gestattungsproduktion, Kosmetikindustrie, Beiersdorf

¹ Der Beitrag wurde im Rahmen des Projektes “PanEur1970s: Looking West: the European Socialist regimes facing pan-European cooperation and the European Community” erarbeitet. Das Projekt wurde vom Europäischen Forschungsrat im Rahmen des EU-Programms für Forschung und Innovation Horizon 2020 unterstützt (Grantabkommen Nr. 669194).

„Eine Dame aus der Schweiz ist da. Wir müssen sie gut unterbringen“, sorgt sich Ivana und führt mich in die Oase ihres Heims mit dem Gebot der Reinlichkeit und Ästhetik à la Schöner Wohnen. Im Badezimmer stehen wie Schutzengel des Hauses farbige Produkte westlicher Marken für die Körperpflege: Nivea-Creme, Schwarzkopf-Shampoo, Jana-Lotion. „Mein Mann hat sie mir vor acht Jahren aus Deutschland mitgebracht. Sie sind längst aufgebraucht, ich fülle sie nach mit einheimischen Substanzen. Ich habe es gerne schön.“ Ivana hat Potemkinsche Dörfer gebaut, sie ist zur Anbeterin fremder Götter geworden. Ist ästhetischer Genuss ein Menschenrecht? Mitteleuropa vermutet unter dem Hochglanzpapier Würde, Schönheit, Leben an sich. „Wir haben die Welt nicht gesehen. Dafür ist alles für das Heim.“²

Dieses Zitat deutet auf den großen Wert hin, den eine Frau aus Prag vor den Augen ihrer Besucherin aus der Schweiz den Produkten westdeutscher Marken beimaß: Nicht nur das eigentliche Produkt, auch die Packung an sich verband den Verbraucher in einer Mangelwirtschaft mit dem Ideal des westlichen Konsums. Dessen waren sich die Akteure sozialistischen Staatsbetrieben natürlich bewusst und versuchten Wege zu finden, wie man dem Verbraucher den Wunsch nach Westwaren erfüllen könnte. Der vorliegende Beitrag behandelt das eng damit verbundene Thema des Operierens von westdeutschen Unternehmen am osteuropäischen Markt in den 1970er und 1980er Jahren. Er charakterisiert spezifische Umstände des West-Ost-Handels unter den Bedingungen des Kalten Krieges und arbeitet mit dem Beispiel der Hamburger Firma Beiersdorf AG, die in vielen Ostblockländern ihre Produkte nicht nur erfolgreich vermarktete, sondern sie dort auch produzieren ließ. Dies wird an der Lizenz- und Gestattungsproduktion von Nivea-Produkten in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) dargestellt. Das Beispiel von Nivea und der Kosmetikindustrie wurde dabei ausgewählt, da andere Kooperationsverträge zwischen der Bundesrepublik und dem Ostblock – etwa im Maschinenbau oder der Metallurgie – im Alltagsleben der Bevölkerung keine herausgehobene bzw. zusätzlich alltagsweltliche Rolle spielten.

Nivea-Creme wurde bereits in der Zwischenkriegszeit zu einem bekannten Markenprodukt, das in Hamburg und auch in ausländischen Filialen von Beiersdorf hergestellt wurde. Nach der Teilung Deutschlands war das Produkt Nivea in der DDR und ebenso in anderen Volksrepubliken bei den älteren Generationen immer noch in Erinnerung, als es Ende der

² I. Brežná, Der Geruch von Freiheit und Nivea, in: Freitag, 19. November 2009, <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/der-geruch-von-freiheitundnivea?searchterm=Der+Geruch+von+Freiheit+und+Nivea>, 25.6.2016.

1960er Jahre wieder auftauchte. Beiersdorf bot folglich Produkte an, die sowohl Symbole der Nostalgie als auch Symbole des mit Westdeutschland bzw. -europa verbundenen Konsums und Wohlstands waren. An diesem Beispiel kann deswegen auf mehreren Ebenen gezeigt werden, wie eng die Verflechtungen zwischen Ost und West bisweilen gewesen sind.

Der Beitrag konzentriert sich vor allem auf die 1970er und 1980er Jahre, abschließend wird auch der Transformationsprozess der 1990er Jahre einbezogen. Der Fokus auf die 1970er Jahre hat dabei einen wesentlichen Grund: Infolge der Ostpolitik wurde 1972 der Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten unterschrieben, im Jahr darauf kam es auch zur Unterzeichnung eines Staatsvertrags zwischen Prag und Bonn. Dieser Rahmenvertrag wurde zwei Jahre später um das sogenannte Abkommen über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit erweitert. Während sich die Beziehungen zwischen der BRD und DDR graduell entwickelten und Anfang der 1980er Jahre vor allem durch den Strauß-Kredit beeinflusst wurden, war die Regierung von Helmut Kohl hinsichtlich einer intensiveren Zusammenarbeit mit der ČSSR weniger aktiv. Eine große Rolle bei der Entfaltung der wirtschaftlichen Kooperation spielte stattdessen der Privatsektor.

Dieses Thema wurde von tschechischen bzw. slowakischen Historikern bislang allerdings nur oberflächlich bearbeitet: Es existieren lediglich Studien zu einigen Teil-Problemen der wirtschaftlichen West-Ost-Beziehungen nach 1945, während die Historiographie im deutschsprachigen Raum bereits deutlich detailliertere Betrachtungen erarbeitet hat: Jenseits des Fokus auf die deutsch-deutschen Beziehungen³ widmete man sich den Beziehungen zu anderen europäischen Ländern oder Regionen.⁴ Für den vorliegenden Beitrag sind unter anderem die Arbeiten von Rainer Gries wichtig, insbesondere seine Analyse der Marken Nivea und Florena.⁵ In der tschechischen Geschichtsschreibung sind insbesondere die Arbeiten von Jindřich Dejmek⁶, Ivan Jakubec⁷, Radko Břach⁸, Tomáš Vilímek⁹ von

³ Aspekte der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen werden ua. beschrieben bei *A. Steiner*, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004; *S. Wolle*, Die heile Welt der Diktatur : Alltag und Herrschaft in der DDR 1949 – 1989, Berlin 2013; *P. E. Fäßler*, Durch den „Eisernen Vorhang“. Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen 1949-1969, Köln 2006.

⁴ Siehe zum Beispiel *J. Hecker-Stampehl*, Nordeuropa und die beiden deutschen Staaten 1949-1989: Aspekte einer Beziehungsgeschichte im Zeichen des Kalten Krieges, Leipzig/Berlin 2007; *Erwin Bischof*, Honeckers Handschlag. Beziehungen Schweiz-DDR 1960-1990. Demokratie oder Diktatur, Bern 2010; *K. Behling*, Hightech-Schmuggler im Wirtschaftskrieg. Wie die DDR das Embargo des Westens unterlief, Berlin 2007.

⁵ Vgl. *R. Gries*, Produkte als Medien: Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR, Leipzig 2003. Der einzige Nachteil der Studie besteht in der Tatsache, dass dem Autor kein Zutritt zum Florena-Archiv gewährt wurde.

⁶ Vgl. *J. Dejmek*, Československo, jeho sousedé a velmoci ve XX. století (1918 až 1992). Vybrané kapitoly z dějin československé zahraniční politiky, Praha 2002.

Bedeutung. Im Rahmen der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission erscheinen regelmäßig Tagungsbände mit neuen Beiträgen zum Thema.¹⁰ Auch liegen amerikanischen Studien etwa von Jonathan Zatlin, Randall Newnham, oder Ernest Plock¹¹ vor; besonders zu erwähnen sind auch die Arbeiten der britischen Historikerin Gareth Dale zur DDR-Wirtschaftsverflechtung mit der Bundesrepublik.¹² In diesen Publikationen wird die institutionelle Entwicklung der Wirtschaftszeitungen eingehend analysiert. Die Lizenz- und Gestattungsproduktion wird dagegen aber meistens nur als ein kleiner Teil der Zusammenarbeit erwähnt. Dies überrascht insofern, als dass diese Kooperation nicht nur wirtschaftlich wichtig war, sondern für die Verbraucher in der DDR und ČSSR einen deutlichen Qualitätswandel im Warenangebot bedeutete. Die Befassung mit der Lizenz- und Gestattungsproduktion schließt folglich auch die Alltags- und Konsumwelt des Ostblocks und seine ideellen Bezüge auf. Außerdem lässt sich mit ihr die Frage beantworten, inwiefern die Kooperation zur Bewältigung der Transformationsprobleme der ostdeutschen und tschechischen/slowakischen Betriebe nach 1989 beitrug.

Der institutionelle Rahmen für die Wirtschaftskontakte zwischen Bonn und Prag

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1949 bestanden zwischen den ehemaligen westlichen Besatzungszonen und Osteuropa kaum Beziehungen, was durch den Marshallplan und die Eingliederung der osteuropäischen Länder in die Struktur des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) beeinflusst wurde.¹³ In der ersten Hälfte der 1950er

⁷ I. Jakubec, Schlupflöcher im „Eisernen Vorhang“: Tschechoslowakisch-deutsche Verkehrspolitik im Kalten Krieg; die Eisenbahn und Elbeschifffahrt 1945 - 1989, Stuttgart 2006; Ders., Československo-západoněmecké obchodně-politické a dopravněpolitické vztahy v období 1949–1967, in: Acta Oeconomica Pragensia 3, 2005, S. 190-209; Ders., Československo-západoněmecké obchodněpolitické a dopravněpolitické vztahy v období 1968–1989, in: Acta Oeconomica Pragensia 1, 2008, S. 38-52.

⁸ Vgl. R. Břach, Smlouva o vzájemných vztazích mezi ČSSR a SRN z roku 1973. Od prvních rozhovorů po ratifikaci smlouvy. Studie, Praha 1994; Ders., Die Bedeutung des Prager Vertrags von 1973 für die deutsche Ostpolitik. Břach, Radko. In: J. K. Hoensch / H. Lemberg (Hg.), Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815-1989, Bonn 2001, S. 285-304.

⁹ Zum Thema dieser Studie vgl. zum Beispiel T. Vilímek, Mladoboleslavská Škodovka v období normalizace (1969-1989), in: T. Vilímek (Hg.), Česká společnost v 70. a 80. letech: sociální a ekonomické aspekty, Praha 2012, S. 63-175.

¹⁰ Siehe zum Beispiel Ch. Buchheim/E. Ivaničková/K. Kaiserová/V. Zimmermann (Hg.), Die Tschechoslowakei und die beiden deutschen Staaten, Essen 2010.

¹¹ Vgl. J. R. Zatlin, The currency of socialism: money and political culture in East Germany, Cambridge 2007; E. D. Plock, East German-West German Relations and the Fall of the GDR, Boulder, San Francisco, London 1986; R. E. Newnham, Deutsche Mark Diplomacy: Positive Economic Sanctions in German-Russian Relations, University Park 2002.

¹² G. Dale, Between State Capitalism and Globalization: the Collapse of the East German Economy, Oxford 2004.

¹³ Vgl. zum Beispiel K. Kaplan, Československo v RVHP: 1949-1956, Praha 1995; L. K. Metcalf, Council of Mutual Economic Assistance: The Failure of Reform, New York 1977, S. 18-47.

Jahre strebte der RGW das Ziel an, fast den ganzen Außenhandel unter den Mitgliedsstaaten und vor allem mit der Sowjetunion zu organisieren. Obwohl im Rahmen der Hallstein-Doktrin die Bundesrepublik keine diplomatische Vertretungen in den RGW-Ländern außer der UdSSR hatte, war die Bonner Regierung in Handelsfragen viel flexibler und den Unternehmen, die in den RGW-Staaten Investitionspläne hatten, wurde tendenziell geraten, sich nicht von der politischen Entwicklung abschrecken zu lassen.¹⁴ Ein gutes Beispiel dafür ist die Tschechoslowakei. So reisten westdeutsche Diplomaten und Geschäftsmänner beispielsweise nach Prag und verfassten darüber Berichte. In der persönlichen Korrespondenz des ehemaligen deutschen Botschafters in London, Hans Schlange-Schöningh, ist zum Beispiel folgender Bericht eines Mülheimer Fabrikanten erhalten, der im Jahr 1959 eine Reise in die Tschechoslowakei unternommen hatte:

„Von meiner Reise aus Prag bin ich zurück. Die Behandlung war sehr zuvorkommend. [...] Die Leute müssen exportieren, wenn sie nicht hungern wollen, denn ihre Landwirtschaft ist unter dem Hund. [...] Ein erheblicher Teil der Lebensmittel muß eingeführt werden [...]. Neue moderne Kreuzritter müssen wieder ausziehen, um [...] wenigstens einen Teil unseres Bodens wieder unter unsere Kontrolle zu bekommen. [...] Wir investieren schließlich in anderen Gebieten auch Kapital, warum nicht auch im Osten? Der Standpunkt mit den Polen und Tschechen überhaupt keinen Handel zu treiben und diese völlig zu ignorieren, ist grundfalsch.“¹⁵

Ein paar Jahre später waren die Berichte westdeutscher Unternehmer aber positiver gestimmt. Sie gaben ihrer Überraschung über einigermaßen gute Lebensbedingungen Ausdruck, obwohl sie anmerkten, dass das Warenangebot in Geschäften schlecht war, auch bemängelten sie den Stand der Infrastruktur.¹⁶

Im März 1963 unterzeichneten die Regierungen der ČSSR und der BRD ein Protokoll über den Warenaustausch zwischen beiden Ländern, mit dem das Warenverkehrsabkommen von 1961 verlängert wurde. Nach weiteren zwei Jahren kam es wegen verschiedener Ansichten bezüglich der Berliner Klausel und des Münchner Abkommens zu keiner Verlängerung mehr, beide Länder hielten sich jedoch an die Regeln des Protokolls von 1963, das *de facto* bis in die zweite Hälfte der 1960er gültig war. Während der damit verbundenen, überaus seltenen Gelegenheiten für den Austausch zwischen den westdeutschen und tschechoslowakischen

¹⁴ K. Rudolph, Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg. Die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945-1991, Frankfurt/M. 2005, S. 212.

¹⁵ Brief von E. Wienkoop an Hans Schlange-Schöningh, 16. Februar 1959, in: Bundesarchiv Berlin [im Folgenden BArch], N 1071/15, Nachlass Schlange-Schöningh.

¹⁶ Bericht über deutsch-tschechische Besprechungen am 24./25. Mai 1963 in Prag sowie über Reiseneindrücke in der ČSSR, in: BArch, Bestandsnummer B/102/ Archivsignatur 135271 Standort 10 Magazin II 2B U.2.06 Reihe 343 Regal 0 Verhandlungen über Warenabkommen und-protokolle mit der Tschechoslowakei.

Regierungs- und Handelseliten kam jedoch deutlich zum Ausdruck, dass sich die Tschechen und Slowaken eine intensivere Zusammenarbeit wünschten. So wurde 1963 dem Leiter des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Wolff von Amerongen, bei einer solchen Gelegenheit auf der Brünner Messe angedeutet, man habe in der Tschechoslowakei Interesse an wesentlich mehr Handel und Kooperation – und zwar in einer ähnlichen Form, wie sie von der BRD bereits mit Polen, Ungarn, Rumänien oder Bulgarien realisiert wurde.¹⁷ Politische Hindernisse verkomplizierten die Gespräche aber, erst 1967 kam es zur Eröffnung der westdeutschen Handelsvertretung.¹⁸ Jenseits politischer Unstimmigkeiten lag einer der Hauptgründe dieser langsamen Entwicklung eines gemeinsamen Handels im Vergleich zu Ungarn, Polen und Bulgarien darin, dass das tschechoslowakische Exportprofil nicht wie die meisten Ostblockländer Agrarprodukte als Handelsware vorsah. Vielmehr sollten industrielle Fertigwaren nach Westeuropa exportiert werden. Das Jahr 1968 und die folgende Re-Zentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Ordnung in der ČSSR – zeitgenössisch als Normalisierung bezeichnet – machten die Hoffnung auf eine Beschleunigung der Handelskontakte aber zunichte. Andere Ostblock-Länder nutzten inzwischen die Bereitschaft westeuropäischer Länder, private Mittel in die sozialistische Industrie zu investieren.¹⁹ Im Gegensatz dazu überwog in den 1970er Jahren in der Föderalregierung vom Premierminister Lubomír Štrougal eine konservative Finanzpolitik. Seine Autarkiepolitik wurde aktiv von seinen Schlüsselministern durchgesetzt, vor allem vom Außenhandelsminister Andrej Barčák, Finanzminister Leopold Lér oder vom Vorsitzenden der Tschechoslowakischen Staatsbank, Stanislav Potáč. Damit wandte sich die politische Elite des Landes gegen zahlreiche Devisenanträge tschechoslowakischer Betriebe, die sich Westkredite für moderne Produktionsanlagen und Lizenzkäufe wünschten.

Als sich 1973 aufgrund des Vertrags über gemeinsame Beziehungen zwischen der ČSSR und der BRD die diplomatischen Beziehungen normalisierten,²⁰ wurde seitens der tschechoslowakischen Staatsbetriebe die Forderung nach einem umgehenden Ausbau der Zusammenarbeit mit Westdeutschland laut: man hoffte vor allem, durch neue Wirtschaftsbeziehungen mit der Tschechoslowakei den groß gewordenen Einfluss italienischer und französischer Firmen im Ostblock auszugleichen. Vor allem handelte es sich

¹⁷ Rudolph, Wirtschaftsdiplomatie, S. 209.

¹⁸ Vgl. I. Jakubec, Československo-západoněmecké obchodněpolitické a dopravněpolitické vztahy v období 1949-1967. Acta Oeconomica Pragensia 3, 2005, S. 194f.

¹⁹ Vor allem die Nachbarländer Ungarn und Polen waren bei der Suche nach Kontakten zu westeuropäischen Firmen besonders aktiv.

²⁰ Vgl. R. Břach, Smlouva o vzájemných vztazích mezi ČSSR a SRN z roku 1973, Praha 1994.

dabei um Investitionen im Maschinenbau und in der Kfz-Industrie.²¹ Die Manager des deutschen Automobilkonzerns BMW verlangten sogar vom Bundesministerium der Wirtschaft, dass die Bundesregierung selbst die Interessen deutscher Fahrzeughersteller vertreten sollte, denn „durch die Errichtung der FIAT- und RENAULT-Werke in einigen sozialistischen Ländern ist hier bereits nahezu jegliche Basis für einen aktiven Export der deutschen Kraftfahrzeugindustrie verloren gegangen“.²² Obwohl zum Beispiel Volkswagen bereits Ende der 1970er ein Projekt zum Einbau deutscher Motoren in die Škoda-Autos mit den tschechoslowakischen Partnern aus der AZNP Mladá Boleslav (heutige Škoda) ausarbeitete, kam es aber vor 1989 nie zu einer praktischen Umsetzung. Auf der anderen Seite waren genau diese Kontakte zwischen Volkswagen und AZNP Mladá Boleslav in der Transformations- und Privatisierungsphase der Škoda-Werke fruchtbar, als es zur Modernisierung des Fahrzeug-Modells Favorit kam. Nach 1989 wurde Škoda sogar ein Teil des deutschen VW-Konzerns. Erfolglos blieben vor 1989 auch die Kooperationsgespräche der Tatra-Werke in Kopřivnice mit der Kölner Firma Kloeckner-Humboldt-Deutz AG, die sich 1978/79 um eine gemeinsame Herstellung von luftgekühlten Motoren für Lastkraftwagen bemüht hatten.²³

Es war vor allem die Unfähigkeit der Akteure in der tschechoslowakischen Industrie, die die Exporterlöse fertiger Industriewaren auf einem hohen Stand halten wollten. Außerdem verschlechterten sich die Handelsbedingungen für den Export nach Westeuropa in den 1970er Jahren kontinuierlich. Dafür waren die niedrige Arbeitseffektivität, die hohen Produktionskosten und steigende Preise für importierte Rohstoffe verantwortlich. Diese Bedingungen verlangten eine pragmatische und offene Einstellung ausländischen Investitionen gegenüber. 1975 kam es deswegen zur Ratifizierung des Abkommens über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit, das ein wichtiges Element für eine neue Phase der Kooperation zwischen der BRD und der ČSSR darstellte. Einen wesentlichen Fortschritt brachte dabei die neu gegründete Deutsch-tschechoslowakische Kommission für Kooperation mit sich, die zum ersten Mal in Prag im

²¹ Für Informationen über die finanzielle Beteiligung von FIAT an dem Aufbau des Automobilwerks in Tyrnau vgl. den Bericht über die Dienstreise in die ČSSR vom 21. bis 23. Juni 1971, 30. června 1971, BArch, Bestandsignatur B 102 / Archivsignatur 78324 Standort 10 Magazin II 2B U.2.06 reihe 3335 Regal 0, KFZ – Industrie in der Tschechoslowakei.

²² Brief an den Staatssekretär des Bundesministeriums für Wirtschaft und Finanzen Dr. Schlöhlhorn, Betreff: PKW-Export in die ČSSR – Ihr Schreiben vom 10. Februar 1972, BArch, Bestandsignatur B 102 / Archivsignatur 78324 Standort 10 Magazin II 2B U.2.06 reihe 3335 Regal 0, KFZ – Industrie in der Tschechoslowakei.

²³ Industrielle Kooperation khdtatra, Brief des Herrn Brenning von Kloeckner-Humboldt-Deutz AG für Herrn Moeldner aus dem Wirtschaftsministerium (BMWi), 12. März 1979, BArch, Bestandsignatur B/102, Archivsignatur 204464 Standort 10 Magazin II 3B E.2.06 Reihe: 467.

Herbst 1975 konferierte.²⁴ Die Wichtigkeit der Kommission wurde dabei dadurch deutlich, dass der Bundeswirtschaftsminister und der Vizepremier der tschechoslowakischen föderalen Regierung den Vorsitz innehatten. Außer der Hauptkommission wurden spezialisierte Fachgruppen für einzelne Industriezweige gegründet.²⁵ Diese institutionelle Basis verhalf zu neuen Kontakten zwischen den Regierungsvertretern und den Betriebsmanagements beider Länder und beschleunigte die Erstellung von Kooperationsverträgen.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurden etwa 30 Kooperationsverträge ausgehandelt, hauptsächlich Lizenzverträge in der Chemie- und Eisenhüttenindustrie: Vacmetal (Hoesch) aus Dortmund investierte in den Bau und Betrieb von Vakuumanlagen für die Verarbeitung vom flüssigen Stahl in Vítkovice, Thyssen-Rheinstahl installierte Entschwefelungsanlagen für Roheisen in Východoslovenské železiarne, Košice. Die Lizenzvergaben waren jedoch nicht einseitig. Vielmehr vergaben tschechoslowakische Firmen auch Lizenzen an deutsche Firmen, vornehmlich in der chemischen Industrie. So wurde beispielsweise an die Firma Dynamit Nobel eine Lizenz zur Herstellung des Metallbeizmittels Feropur vergeben.²⁶ Die tschechoslowakische Regierung war allerdings mit der geringen Anzahl der Kooperationsverträge unzufrieden und drängte auf eine Erhöhung der Vertragsabschlüsse auf die viel höhere Anzahl von Verträgen hin, wie sie westdeutsche Firmen etwa in Polen oder Ungarn bereits ausgehandelt hatten. Dabei realisierte die tschechoslowakische Seite allerdings nicht die sinkende westdeutsche Konjunktur in den 1970er Jahren. Außerdem erfolgte die wirtschaftliche Annäherung der ČSSR an die Bundesrepublik vergleichsweise spät – die Regierungen in Budapest und Warschau hatte bereits in den 1960er Jahren entgegenkommende Gesetze für deutsche Investitionen und die Schaffung von Joint-Venture-Betrieben entwickelt.²⁷ Die Hans Schwarzkopf GmbH beispielsweise, die in Ungarn verschiedene Kosmetikprodukte herstellte, konnte im Rahmen dieser Kooperationen besonders erfolgreich agieren und schließlich im Jahre 1985 einen gemeinsamen Betrieb

²⁴ Programmentwurf für die erste Tagung der deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftskommission in Prag, 3. September 1975, BArch, Bestandsignatur B/102/ Archivsignatur 240368 Standort 10 Magazin I 5A 2.2.03 Reihe 243 Tagung des Kooperationsausschusses 1975.

²⁵ Aktennotiz über die Besprechungen der Vorsitzenden der Fachgruppe Chemie und Energie vom 16. bis 18. Dezember 1975 in Frankfurt/Main, 18. Dezember 1975, BArch, Bestandsignatur B/102/ Archivsignatur 240367 Standort 10 Magazin I 5A 2.2.03 Reihe 243 2. Tagung des Kooperationsausschusses.

²⁶ Übersicht der Kooperationsprojekte, September 1977, BArch, Bestandsignatur B/102/ Archivsignatur 240369 Standort 10 Magazin I 5A 2.2.03 Reihe 243; Kooperationsabkommen zwischen der Industrie der ČSSR und ausländischen Unternehmen (Messebeobachtung Brünn 1970), RWWA 175-13-2.

²⁷ Interne Auskunft, 1. August 1977, Betr. ČSSR-Klagen über Wirtschaftsbeziehungen; hier: Strougal gegenüber Botschafter Diesel vom 20. Juli 1977, BArch Bestandsignatur B/102/ Archivsignatur 240369 Standort 10 Magazin I 5A 2.2.03 Reihe 243.

gründen – die Schwarzkopf Kozmetikai Kft.²⁸ Berücksichtigt muss dabei allerdings werden, dass einige Projekte nicht realisiert werden durften, da sie gegen die Regeln der COCOM-Kommission für Technologietransfers verstoßen hätten – so zum Beispiel im Fall geplanter Kooperationen der Firmen Leit und Bosch.²⁹

Zudem agierten auch die tschechoslowakischen Behörden und Firmen nicht professionell in der Kommunikation mit den westdeutschen Partnern. So berichtete Eckart Grams vom Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft beispielsweise im April 1983: „In Brünn im letzten September wurde den deutschen Referenten ein kleiner, stickiger Saal mit uninteressierten, vor sich hindösenden Zuhörern zugemutet.“³⁰

Obwohl hier der Eindruck entsteht, dass die eher langsame Entwicklung der institutionellen Koordinierung die wirtschaftliche Verkopplung deutscher und tschechoslowakischer Firmen einschränkte, so zeigen einige Beispiele auch eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit: Große deutsche Konzerns wie Krupp oder Siemens warteten nicht auf den Segen der Bundesbehörden und waren in der Lage, eigeninitiativ Projekte in der ČSSR umzusetzen. Neben dem Maschinenbau etablierten sich in der Tschechoslowakei dabei vor allem Firmen aus der Lebensmittel- und Kosmetikindustrie. Und tschechoslowakische Betriebe überraschten die deutschen Partner mit der Fähigkeit, einen großen Anteil ihrer für den EG-Markt bestimmten Produktion vor allem in die Bundesrepublik exportieren zu können.³¹

Gestattungsproduktion in der DDR

Lizenzverträge waren für westdeutsche und westeuropäische Unternehmen ein gangbarer Weg, im Binnenmarkt osteuropäischer Länder aktiv zu werden. Deswegen bemühten sich westeuropäische Firmen nicht nur in Ostmitteleuropa, sondern auch in der Sowjetunion um Verträge mit einheimischen Betrieben. In einigen Ostblockländern entwickelte sich die Zusammenarbeit dabei schneller als in anderen. Vor allem nach dem Grundlagenvertrag 1972 steigerte sich deutsch-deutsche Zusammenarbeit auf dem staatlichen und dem betrieblichen Niveau enorm. Während in den meisten Ländern klassische Lizenzverträge vereinbart wurden,

²⁸ Geschäftsbericht 1984. Hans Schwarzkopf GmbH. Hamburg 1985, S. 19.

²⁹ Dr. Bodo Bötter, Geschäftsführer des Zentralverbandes der Elektronischen Industrie e.V. an Bundesministerium für Wirtschaft, Herrn Min.Rat Dr. W. Jahnke, Btr. Deutsch-tschechoslowakische gemischte Fachgruppe für Elektrotechnik und Elektronik, vom 10. April 1981, in: RWWA, F. Ostausschuss für deutsche Wirtschaft, F. 175-13-2.

³⁰ Eckart Grams vom Ostausschuss an Joachim Wischermann, Leiter der Handelsförderungsstelle der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Prag, vom 7. April 1983, in: RWWA, F. Ostausschuss für deutsche Wirtschaft, F. 175.12.4.

³¹ Aufzeichnung, Betr.: Verhandlungen EG-ČSSR über ein Textilselbstbeschränkungsabkommen, 5. května 1981, BArch Bestandsnummer B/102/ Archivsignatur 270542 Standort 10 Magazin I 5A 2.2.03 Reihe 238 5. Tagung des Kooperationsausschusses 1981.

handelten die DDR-Betriebe viele Verträge im Rahmen der sogenannten Gestattungsproduktion aus.³² Nach der Einschätzung von Alexander Schalck-Golodkowski, des Leiters des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo) im ostdeutschen Außenhandelsministerium, waren es insbesondere westdeutsche Unternehmen, die sich an die DDR-Behörden wandten.³³ Die konkrete Initiative sei dabei von dem Vorstandsvorsitzenden der Salamander AG, Franz Josef Dazert, ausgegangen.³⁴

Die Gestattungsproduktion war für die westdeutschen Unternehmer ein Outsourcing-Projekt, das schlicht profitabel war. Es brachte den DDR-Bürgern zudem „Westprodukte“, ohne die ohnehin knappen Devisen bzw. Valutamark in der Staatskasse zu belasten. Verträge über die Gestattungsproduktion basierten darauf, dass ostdeutsche Betriebe genaue Produktionsregeln einzuhalten hatten, um die Qualität der westdeutschen Partner zu erzielen. Im Vergleich zu Lizenzverträgen wurde nicht mit einer Lizenzgebühr, sondern mit einem Teil der produzierten Ware bezahlt. Der Großteil der *Westware*, die in der DDR produziert wurde, wurde folglich an den westdeutschen Markt abgegeben. Der deutlich geringere Rest stand dem DDR-Binnenmarkt zur Verfügung.³⁵ Die Gestattungsproduktion war insofern eine Win-Win-Situation für beide Seiten: die westdeutschen Betriebe bekamen billige aber dennoch hochwertige Produkte, die für die Verbraucher in der BRD vermeintlich aus Westproduktion stammten. Und den DDR-Verbrauchern konnten umgekehrt begehrte westliche Produkte angeboten werden.³⁶ Viele Produkte aus der Gestattungsproduktion wurden wegen ihres vermeintlich westlichen Ursprungs allerdings nicht in den gewöhnlichen Kaufhallen oder Drogerien der DDR verkauft, sondern in den Devisengeschäften von Intershop oder Intertank.

³² Die Gestattungsproduktion sollte nicht mit der Beratungsproduktion, bei der Herstellungsmethoden mit einheimischen Mitteln nachgemacht wurden, verwechselt werden. Siehe H. Weiß, Verbraucherpreise in der DDR. Wie stabil waren sie? Schkeuditz 1998, S. 65.

³³ Zur Rolle des Bereichs KoKo vgl. zum Beispiel *Deutscher Bundestag* (Hg.), Beschlußempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski. Werkzeuge des SED-Regimes. Textband, Bonn 1994. Die Aufgaben und Organisation der KoKo wurden von Mathias Judt detailliert analysiert. Vgl. M. Judt, KoKo - Mythos und Realität: das Imperium des Alexander Schalck-Golodkowski, Berlin 2015.

³⁴ A. Schalck-Golodkowski, *Deutsch-deutsche Erinnerungen*, Reinbek 2000, S. 189. Diese Interpretation ist natürlich ist freilich überaus subjektiv. Schon in den 1960er Jahren befassten sich Staatsministerien der DDR mit der Idee, Lizenzen aus Westdeutschland zu erwerben. Vgl. Hierzu beispielsweise B. Ciesla, Eine sich selbst versorgende Konsumgesellschaft? Industrieller Fischfang, Fischverarbeitung und Fischerwarenkonsum in der DDR, in: T. Lindenberger (Hg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, 1999, S. 205-233.

³⁵ J. Roesler, *Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990: Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe*, Leipzig 2006, S. 193f.

³⁶ Die Gestattungsproduktion hat bei einem erheblichen Teil der ehemaligen DDR-Elite einen schlechten Ruf und wird beispielsweise vom ehemaligen Staatssekretär Klaus Blessing stark kritisiert. Vgl. K. Blessing, *Die Schulden des Westens. Was hat die DDR zum Wohlstand der BRD beigetragen?* Berlin 2010, S. 50f.

So wurden in diesen Läden beispielsweise erhebliche Mengen an Zigaretten westlicher Marken angeboten, von denen ca. 90 Prozent in der DDR hergestellt worden waren.³⁷

Insgesamt wurden mit der Gestattungsproduktion etwa 100 westdeutsche Produkte in der DDR hergestellt, unter anderem von Firmen wie Beiersdorf, BAT, Bosch (Blaupunkt), Nestlé (Bärenmarke), Salamander, Schiesser, Triumph, Trumpf, Underberg, Varta oder Privileg (Quelle).³⁸ In den 1970er und 1980er Jahren wuchs die Gestattungsproduktion zu einem erkennbar wichtigen Bestandteil der ostdeutschen Wirtschaft. So wurden beispielsweise 1987 in der DDR 4,6 Millionen Paar Schuhe für die Firma Salamander produziert.³⁹ Die durchaus erhebliche Quantität der Gestattungsproduktion kann als einer der Beweise für die Abhängigkeit der DDR-Wirtschaft von westlicher Hilfe interpretiert werden.⁴⁰ Schalck-Golodkowski verstand es jedoch anders – jeder der westdeutschen Unternehmer hätte sich bemüht, den größten Teil des DDR-Marktes für sich zu gewinnen: „In einigen Zweigen, zum Beispiel an dem belagerten Lebensmittelmarkt, standen westdeutsche Unternehmer Schlangen, um mit Uns Geschäfte zu machen.“⁴¹ Die vielfältigen Kontakte waren jedoch offensichtlich zum gegenseitigen Vorteil.

Da viele Produkte aus der Gestattungsproduktion stammten, kam es zu erwartbaren Auseinandersetzungen mit DDR-Kunden. Von der Tatsache, dass in der DDR in einer großen Menge Westware produziert wurde, nahm die Bevölkerung wenig Kenntnis, was zur Unzufriedenheit führte, da man sich beim Einkaufen manchmal betrogen fühlte. Denn man sah sich oft die Verpackung erst zu Hause von der Nähe an und schlug den wirklichen Herstellungsort nach. Die folgende Unzufriedenheit ist in Eingaben und Beschwerden dokumentiert, die in der DDR-Gesellschaft oft als eine Form der „Mitbestimmung und Mitgestaltung“ genutzt wurden. Der amerikanische Historiker Jonathan Zatlin ordnet sie als die einzige Möglichkeit ein, in einem Land ohne funktionierende Parteien, Verbände, Justiz und unabhängige Medien seine eigene Meinung auszudrücken.⁴² So schrieb ein Soldat der

³⁷ Vgl. A. Volze, Devisengeschäfte der DDR. Genex und Intershop, in: Deutschland Archiv 11, 1991, S. 1151; B. Ciesla / P. Poutrus, Food Supply in a Planned Economy. SED Nutrition Policy between Crisis Response and Popular Needs, in: K. Jarausch (Hg.), Dictatorship As Experience: Towards a Socio-Cultural History of the GDR, New York / Oxford 1999, S. 145f.

³⁸ Vgl. P. Krewer, Geschäfte mit dem Klassenfeind: Die DDR im innerdeutschen Handel 1949-1989, Trier 2008, S. 241.

³⁹ Vgl. K. Marxen / G. Werle, Strafjustiz und DDR-Unrecht: Amtsmissbrauch und Korruption, Berlin 2002, S. 327.

⁴⁰ Die Hausmitteilungen und Notizen von Partei- und Staatsorganen in der DDR deuten auf diese Abhängigkeit klar hin. Vgl. zum Beispiel SED-Hausmitteilung, Information zur Sicherung des NSW-Exportplanes 1982, S. 3, in: SAPMO-BArch, DY 30/25068.

⁴¹ A. Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 190.

⁴² J. R. Zatlin, Ausgaben und Eingaben. Das Petitionsrecht und der Untergang der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10, 1997, S. 906.

Nationalen Volksarmee in Erfurt in seiner Eingabe, dass er eine Tafel der westdeutschen Alpenmilchschokolade Karina für 6,80 Ostmark gekauft hätte. Beim Öffnen der Packung stellte er dann fest, dass die Schokolade in der DDR hergestellt war: In seinem Brief erklärte er, die Schokolade schmecke ähnlich wie die Markenschokolade des VEB Thüringer Schokoladenwerk Saalfeld/Saale, die allerdings zum viel niedrigeren Preis von 3,85 Ostmark zu haben war. Welche Wichtigkeit diesen Eingaben dabei beigemessen wurde, zeigt die Tatsache, dass der Generaldirektor des Schokoladenwerks angewiesen wurde, dem Soldaten eine Antwort zu schreiben.⁴³ Dies wird zudem durch den Fakt unterstrichen, dass das Schokoladenwerk in Saalfeld 95 Prozent aller Tafelschokolade in der DDR herstellte und 1.660 Arbeiter beschäftigte.⁴⁴ In der Antwort brachte der Generaldirektor zum Ausdruck, dass der hohe Preis der Karina-Schokolade von der Lizenz und der einzuführenden Ingredienzen bedingt war. Die Frage, warum die Karina-Schokolade aber genauso wie die einheimische DDR-Schokolade aussah und schmeckte, wurde dabei nicht beantwortet.⁴⁵

Einer der letzten Verträge, die realisiert wurden, war der Vertrag für die Gestattungsproduktion bei Florena in Waldheim, die ein Bestandteil des VEB Chemisches Werk Miltz war. Der Waldheimer Betrieb hatte eine lange Geschichte und wurde schon 1852 unter dem Namen Waldheimer Parfümerie- und Toilettenseifenfabrik gegründet.⁴⁶ In der Zwischenkriegszeit hatte der Betrieb einen erheblichen Absatz sowohl in Deutschland als auch im Ausland und seine Florena-Creme wurde hier seit 1955 in einer Nivea-ähnlichen Blechdose produziert. Die Creme war populär und ihre Qualität war mit den guten technischen Herstellungsbedingungen in Waldheim verbunden.⁴⁷ Beiersdorf AG protestierte gegen die Florena-Aufmachung und es gelang ihr 1975, eine Abgrenzungsvereinbarung mit Florena Waldheim zu treffen: Florena-Creme durfte laut der Vereinbarung nur in sozialistischen Ländern in einem blauen Dosenunterteil und weißer Beschriftung verkauft werden. In allen anderen Ländern musste der DDR-Hersteller einen weißen Dosenunterteil

⁴³ Brief von J. G., 21. September 1985, in: BArch, DY 30/25626.

⁴⁴ C. Jacobi, Der Schokoladenkönig. Das unglaubliche Leben des Hans Imhoff, München, Berlin 1997, S. 37.

⁴⁵ Brief vom Generaldirektor des VEB Thüringer Schokoladenwerk Saalfeld/Saale, Helmut Bretschneider, 18. Oktober 1985, in: SAPMO-BArch, DY 30/25626. Zur Schokoladenqualität gibt es viele anderen Eingaben. Siehe zum Beispiel die Sammlung RWWA, 208-3-3.

⁴⁶ A. Zschiesche/O. Errichiello, Florena – der Osten auf der Haut, in: A. Zschiesche/O. Errichiello (Hg.), Erfolgsgeheimnis Ost: Survival-Strategien der besten Marken - und was Manager daraus lernen können, Wiesbaden 2009, S. 124.

⁴⁷ Bei dem Besuch einer Arbeitsgruppe der Kozmetika Bratislava waren die slowakischen Gäste vom hohen technischen Standard des Waldheimer Betriebs überwältigt. Vgl. Správa zo zahraničnej služobnej cesty do NDR – závody VVB Chemisches Kombinat Miltz – závod Zitza Zeitz a Florena Waldheim, in: Štátny archív Bratislava, Fond Kozmetika Bratislava, Operatívne porady 1975, kartón 9.

benutzen.⁴⁸ Die Hamburger entschieden sich dann aber Ende der 1980er Jahre, dem Betrieb das Recht zur Herstellung von der Nivea-Creme zu übertragen. Im Oktober 1989 gelangte die erste in Ostproduktion hergestellte Marge an den Markt. Im Vergleich zur einheimischen und qualitativ vergleichbaren Florena-Creme, deren 60-Milliliter-Packung 1,95 Ostmark kostete, musste der DDR-Kunde für eine 75-Milliliter-Packung Nivea in spezialisierten Geschäften 5,50 Ostmark bezahlen.⁴⁹ Florena Waldheim plante, 4,5 Millionen Cremepackungen herzustellen. Als Gegenleistung mussten davon 1,5 Millionen Stück an die Beiersdorf AG und an den westdeutschen Markt abgegeben werden. Der Rest durfte sowohl in der DDR als auch im RGW-Raum verkauft werden. Aufgrund des Devisenmangels der DDR ist es kaum überraschend, dass das Politbüro des ZK der SED den Verkauf *ihres Nivea-Kontingents* auch im nichtsozialistischen Ausland plante, und zwar in der Höhe von einer Million Packungen im Wert von 0,6 Millionen Valutamark.⁵⁰ Die DDR-Kunden, für die die neue Ware zu teuer war oder die sie in Geschäften wegen der geringen Menge nicht erhalten konnten, waren deswegen auf die 13,2 Millionen Stück Florena-Creme angewiesen.⁵¹

Lizenzproduktion in der ČSSR

Wie in die DDR war es auch für die anderen RGW-Länder wichtig, eine enge Unternehmenszusammenarbeit mit offiziellen politischen Beziehungen zu verknüpfen. In der Tschechoslowakei war diese Bedingung mit der Öffnung der Bonner Handelsvertretung 1967 erfüllt. Während es für ostdeutsche Firmen typisch war, mit den Partnern aus der BRD Verträge über die Gestattungsproduktion auszuhandeln, handelte die Tschechoslowakei hauptsächlich reguläre Lizenzverträge aus.

In den Jahren 1971 und 1977 war Prag der Gastgeber der Hamburger Wirtschaftstage, an denen auch die Delegation des Hamburger Hafens teilnahm, stellte doch die Tschechoslowakei den zweitwichtigsten Partner für den Warentransit in diesem Hafen dar.⁵² Mehrere Hamburger Firmen signalisierten aufgrund der deswegen bestehenden bzw. ohnehin

⁴⁸ Gries, Produkte, S. 550.

⁴⁹ Information an G. Mittag von 21. September 1987, s. 1, in: BArch DY 30/6980.

⁵⁰ Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 105 vom 23. 9. 1987, Betreff: Vorbereitung der Gestattungsproduktion von Nivea-Creme, in: BArch, DY/30 J IV 2/3, 4164, s. 21; Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 23. September 1987. Betreff: Vorbereitung der Gestattungsproduktion von Nivea-Creme, in: BArch DC/20/I/4 6102, Standort 51, S. 66.

⁵¹ Information zur Angebots- und Preisgestaltung für die neue Gestattungsproduktion von Nivea-Creme, S. 1, in: BArch DY 30/6980.

⁵² Stand der deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen, 22. September 1977, BArch Bestandsnummer B/102/ Archivsignatur 240369 Standort 10 Magazin I 5 A 2.2.03 Reihe 243. Vgl. zur Bedeutung der tschechoslowakischen Präsenz in diesem Hafen vor allem I. Jakubec, Schlupflöcher im "Eisernen Vorhang": tschechoslowakisch-deutsche Verkehrspolitik im Kalten Krieg. Die Eisenbahn und Elbeschifffahrt 1945-1989, Stuttgart 2006.

schon engen Kontakte ihr Interesse an Investitionen in der Tschechoslowakei – unter ihnen auch die Beiersdorf AG, die mit dem Konzern Fettindustrie Prag ins Gespräch kam. Dieser Konzern⁵³ vereinte im Rahmen der Planwirtschaft fast die gesamte tschechoslowakische Kosmetikindustrie unter einem Dach. In der Fettindustrie bestanden dabei wichtige Kosmetikstandorte etwa in Severočeské tukové závody, Ústí nad Labem; Povltavské tukové závody, Nelahozeves; Závody Kosmo, Čáslav; Rakona, Rakovník; Závody Milo, Olomouc; Aroma, Praha; Vitana, Byšice. Das slowakische Unternehmen Kozmetika Bratislava war für die Kosmetikindustrie in der Slowakei zuständig und bildete einen eigenen „Resortbetrieb“, war jedoch mit dem Konzern in Produktionsfragen/-aufgaben verbunden. Mehrere dieser Betriebe existierten unter verschiedenen Namen seit dem 19. Jahrhundert und wurden im Sinne der Effektivität und Lenkung der Fettindustrie Prag zugeordnet, wobei der Konzern selbst im Landwirtschaftsministerium unterstellt war.⁵⁴

Die Fettindustrie Prag nutzte die Dienstleistungen ihres Außenhandelsvermittlers AHB Polytechna, um konkrete Bedingungen über Lizenzvergaben auszuhandeln.⁵⁵ Dies wurde mit den Mitarbeitern der Firma Beiersdorf koordiniert, die dann konkrete Lizenzvorschläge an die Fettindustrie Prag einreichten. Beiersdorf wollte dem Konzern mehrere Produkte zur Lizenzproduktion anbieten, darunter Hand- und Sportcremes, Körpermilch oder Sonnenöle. Die Initiative traf die Fettindustrie-Betriebe jedoch unvorbereitet. Denn es stellte sich heraus, dass die Staatsbetriebe gar keine Kapazität und Technologie hatten, um mehrere Lizenzprodukte auf einmal herzustellen. Für den Kooperationsstart schien die Kozmetika Bratislava am besten geeignet, da in dem Werk seit 1965 neue Produktionsanlagen aus Italien installiert worden waren. Das Aushandlungsverfahren bis zur Unterzeichnung kam dann aber nur relativ langsam voran und dauerte von Juni bis Oktober 1967.⁵⁶

Bei Produktionsanlauf der Nivea-Creme musste man auch den Import von Blechdosen und Dosen für die Creme aus Österreich oder Italien organisieren, da in der ČSSR keine geeigneten Dosenmuster zur Verfügung standen. Als man nach geeigneten Lieferanten suchte, die die Blechdosen produzieren konnten, kam ein Kontakt mit dem Betrieb Strojbal in Gablonz zustande, der sich auf Verpackungsherstellung spezialisierte. Kurioserweise konnte

⁵³ Die Wirtschaftseinheit Fettindustrie wurde bis 1965 von einer Generaldirektion geleitet, dann wurde sie in einen Trust und 1974 in einen Konzern umgewandelt.

⁵⁴ Vgl. Statut výrobní hospodářské jednotky Tukový průmysl, trust podniků, Praha, in: SOA Praha, Fond Povltavské tukové závody, Statut národního podniku, Karton 3.

⁵⁵ Aktennotiz über Verhandlungen mit den Herren Direktor Filip und Dr. Malý von der Generaldirektion der Fettindustrie, Prag, am 4.-6.11.1968 in Hamburg, in: Konzernarchiv Henkel, Fond Schwarzkopf GmbH, K-Akte ČSSR I, DE000006785.

⁵⁶ Brief von Eric Knapp an Hans Schwarzkopf vom 12. November 1966, in: Konzernarchiv Henkel, Fond Schwarzkopf GmbH, K-Akte ČSSR I, DE000006785.

hier ein Mitarbeiter in einer Besprechung ein Blechdosenmuster präsentieren, das man vor dem Krieg in Strojbal für die Nivea-Herstellung genutzt hatte.⁵⁷ Wegen des Devisenmangels gab es zwischen der Beiersdorf AG und Kozmetika Bratislava eine Absprache darüber, dass die Slowaken alternative Dosen aus einheimischer Produktion benutzen durften. Dies wurde durch die Genehmigung vorgeschlagener Verpackungen von der Beiersdorf-Zentrale möglich.⁵⁸ Deswegen kam es gelegentlich zu geringen Abweichungen vom Originalmodell der deutschen Blechdosen.

Die Direktion der Fettindustrie entschied kurz nach den Vertragsverhandlungen, für die Nivea-Produkte einen völlig neuen Betrieb zu gründen – Astrid Prag.⁵⁹ Der Standort wurde Ende 1968 eröffnet und nahm mit der Unterzeichnung des aktualisierten Lizenzvertrags im März 1969 die Produktion auf.⁶⁰ Die Lizenzkosten waren mit Beiersdorf folgendermaßen geregelt: Der deutsche Partner erhielt eine Lizenz von fünf Prozent auf den Netto-Verkaufserlös der Vertragsprodukte abzüglich der vom Umsatz abhängenden Steuern. Die Lizenzbasis war der in der Bundesrepublik geltende Fabrikabgabepreis, der sich aus dem Verbraucherpreis abzüglich der üblichen Handelsspannen errechnete.⁶¹ In den nächsten Jahren verlangte zwar der AHB Polytechna günstigere Lizenzsteuern von den westdeutschen Partnern, da die tschechoslowakische Regierung den Druck in der Deviseneinsparung erhöhte. In Hamburg wies man jedoch darauf hin, dass die Betriebe in der ČSSR bereits sehr günstige Bedingungen hätten – zum Beispiel die kostenlose Vergabe von Maschinen, Reparaturen oder Materialien für Werbezwecke in der Tschechoslowakei.⁶²

Wie erwartet war die Nachfrage nach den neuen Beiersdorf-Erzeugnissen enorm. Die Milo-Werke erhielten gar Beschwerden von Verbrauchern, sahen diese doch beispielweise im Fernsehen Werbung für Produkte, die es in den Geschäften gar nicht gab.⁶³ Außerdem waren die Farbwerbungen in tschechoslowakischen Frauenmagazinen ungeeignet gefärbt und

⁵⁷ Hauskurier. Die Zeitschrift der Beiersdorfer, Nr. 84, September 1973, S. 7.

⁵⁸ Brief vom tschechischen Landwirtschaftsministerium an Beiersdorf vom 5. März 1969, in: Archiv Beiersdorf, Fach 413, Akte Tschechoslowakei – Lizenzverträge.

⁵⁹ Aktennotiz über Verhandlungen mit den Herren Direktor Filip und Dr. Malý von der Generaldirektion der Fettindustrie, Prag, am 4.-6.11.1968 in Hamburg, in: Konzernarchiv Henkel, Schwarzkopf GmbH K-Akte ČSSR I, DE000006785; Der Brief vom tschechischen Landwirtschaftsministerium an Beiersdorf vom 5. März 1969, in: Archiv Beiersdorf, Fach 413, Akte Tschechoslowakei – Lizenzverträge.

⁶⁰ Unterschriebene Originale der Verträge mit Astrid und Milo, in: Konzernarchiv Henkel, Schwarzkopf GmbH K-Akte ČSSR I, DE000006785.

⁶¹ Archiv Beiersdorf, Fach 413, Akte Tschechoslowakei – Lizenzverträge.

⁶² Brief von Herrn Mynarek aus der Auslandsabteilung der Frima Schwarzkopf vom 21. Juni 1971, in: Konzernarchiv Henkel, Fond Schwarzkopf GmbH, K-Akte ČSSR I, DE000006785.

⁶³ Zpráva e služební cesty do NSR k firmě Schwarzkopf Hamburg ve dnech 15.-20. posince 1970, in: SOA Olomouc, Fond Milo, s. p. Olomouc, Folgenummer. 14, Karton 61.

machten einen verblassten und unästhetischen Eindruck, was man in Hamburg kritisierte.⁶⁴ Zudem kam es zu Kritik in ungewöhnlichen Konstellationen. In der Tschechoslowakei wurden beispielsweise die Beiersdorfer Bonbons Hustinetten nicht verkauft. Die Firma warb aber im berühmten Kurort Karlsbad für ihre Bonbonmarke, da sich hier stets auch viele Kurgäste aus der Bundesrepublik aufhielten – sogar der „Hustinetten-Bär“, eine beliebte Werbefigur der Firma, war in der Stadt zu sehen. Die Werbung bewegte eine tschechische Frau aus dem nahliegenden Ort Loket, einen Brief an die Zentrale in Hamburg zu schreiben:

„Auf diese Reklame freue ich mich nicht alleine, sondern auch meine Tochter und meine zwei Enkelkinder. [...] Trotzdem wissen wir nicht, was das für Bonbons oder Tabletten sind [...]. Aber der Reklame nach sind sie bestimmt gut und helfen.“⁶⁵

Die Qualität der hergestellten Lizenzware wurde regelmäßig von den westdeutschen Partnern kontrolliert. Bei den Besuchen in den Betrieben wurden die Anlagen immer gründlich gereinigt und die Angestellten trugen weiße Arbeitsmäntel, die sonst nur zu großen Festen wie dem Umzug zum 1. Mai angelegt wurden.⁶⁶ Allerdings zahlte sich diese Sorge um die Qualität aus: In Archivdokumenten von Schwarzkopf – ebenfalls eine Vertragsfirma der Fettindustrie Prag – sind Briefe von zufriedenen Verbrauchern aus der Tschechoslowakei und sogar von westdeutschen Touristen erhalten, die mit den hohen Qualitätsansprüchen der westdeutschen Firmen korrespondierten.⁶⁷

Da in der tschechoslowakischen Wirtschaft Devisenengpässe zu einem immer größeren Problem wurden, sollten wie in der DDR die Lizenzprodukte re-exportiert werden. Dies war jedoch laut den Lizenzverträgen nur auf dem RGW-Markt möglich. Durch neue Lizenzverträge von Beiersdorf mit anderen osteuropäischen Ländern wurde diese Möglichkeit allerdings eingeschränkt – hier wurden die RGW-Staaten mit *ihren Westprodukten* gar Konkurrenten. Bereits 1978 musste Astrid deswegen den Export nach Rumänien, in die DDR und die UdSSR einstellen.⁶⁸ Dafür wurde jedoch den tschechoslowakischen Partnern von Beiersdorf erlaubt, die Lizenzprodukte an Drittländer zu verkaufen – und zwar nach Libyen, in den Irak und in den Iran sowie nach Syrien.⁶⁹

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Hauskurier. Die Zeitschrift der Beiersdorfer, Nr. 81, Mai 1973, S. 7.

⁶⁶ Zápis z porady vedení konané dne 30.9.1985, in: SOA Praha, Fond PTZ, Zápisy z porad vedení, Karton 12.

⁶⁷ Brief von Frau Köhler aus Solingen an die Firmenleitung von Schwarzkopf vom 11. Januar 1986, in: Konzernarchiv Henkel, Fond Schwarzkopf GmbH, K-Akte ČSSR I, DE000006786.

⁶⁸ Brief der Firma Schwarzkopf an die Fettindustrie Prag vom 27. Juli 1978, in: Konzernarchiv Henkel, Fond Schwarzkopf GmbH, K-Akte ČSSR I, DE000006785.

⁶⁹ Dies geschah jedoch erst Ende der 1980er Jahre. Vgl. Zpráva ze zahraniční cesty do NSR za účelem zabezpečení licenční výroby na základě uzavřených smluv s frou H. Schwarzkopf, Hamburg a frou Beiersdorf,

Die Fettindustrie Prag fand einen Ausweg in neuen Kooperationsverträgen mit Beiersdorf, die der Gestattungsproduktion, die für die DDR typisch war, ähnlich war: Der Konzernbetrieb Povltavské tukové závody stellte für den Bedarf deutscher Partner die Kaloderma- und Nivea-Seifen her. Ein Teil der Nivea-Seifen wurde dann für den Binnenmarkt freigegeben. Insgesamt produzierte Povltavské tukové závody im Jahre 1973 etwa 3.700 Tonnen Seifen. 1986 plante sie bereits, 7.000 Tonnen herzustellen, davon fast 6.000 Tonnen Toilettenseifen. Von der Gesamtmenge der Toilettenseifen entfielen mehr als 1.060 Tonnen auf die Nivea-Seife, aber nur 55 Tonnen waren für den tschechoslowakischen Binnenhandel bestimmt. Der Rest musste exportiert werden, um die nötigen Devisenerlöse zu erzielen.⁷⁰ Die steigende Produktion rief jedoch ein neues Problem hervor: Diese Produktionsmenge der Konzernfirmen übte einen enormen Druck auf die generelle Arbeitseffektivität aus, die mit Gastarbeiterverträgen aufgefangen werden musste. So arbeiteten 1986 wiederholt polnische Arbeiter in Betrieben des Konzerns Fettindustrie, vor allem in Severočeské tukové závody.⁷¹ Zwar wurde auch die Möglichkeit geprüft, für eine längere Laufzeit Arbeiter aus Vietnam einzustellen; dies wurde jedoch als administrativ nicht durchsetzbar abgelehnt.⁷² Die fehlenden Arbeitskräfte wurden auch in der einheimischen Bevölkerung gesucht, sehr oft arbeiteten am Wochenende Arbeiter aus der Landwirtschaft als Hilfskräfte in den Betrieben.⁷³

Fazit: Florena Waldheim und die Fettindustrie Prag nach 1989

Ab 1989 geriet die Gestattungs- und Lizenzproduktion in den ehemaligen Ostblockländern zuerst in eine Krise, später wurde sie überflüssig. Denn die dominante Position der Lizenzwaren wurde von den Importen aus dem Westen bedroht. So wurde Milo Olomouc beispielsweise im Oktober 1990 darauf hingewiesen, dass die Qualität ihrer Verpackungen verbessert werden müsste, sonst könnten sie mit den importierten Waren nicht konkurrieren.⁷⁴ Im Verlauf des Jahres 1990 wurde von westdeutschen Firmen in der Tschechoslowakei erwogen, eine neue Form von Zusammenarbeit zu entwickeln, da Ende Juni 1990 der

Hamburg, Termín cesty 6.-11.3. 1988, ausgefertigt am 31. März 1988, in: SOA Olomouc, Fond Milo, s. p. Olomouc, Folgenummer 14, Karton 61.

⁷⁰ Zápisy z porad vedení podniku 1987, in: SOA Praha, Fond PTZ, Karton 12; 8. PLP. Návrh plánu na rok 1986. Mýdla, in: SOA Praha, Fond PTZ, Karton 55.

⁷¹ Zápis z 5. Rady ředitelů koncernu Tukový průmysl, Praha, která se konala dne 22. května 1986 v 9,30 hod. v Praze 1, Opletalova 4, in: SOA Praha, Fond PTZ, Porada ředitelů 1983, karton 16; Pokyny k řešení otázek spojených se zaměstnáním polských dělníků v Československu, 23. dubna 1964, in: SOA v Litoměřicích, pracoviště Most, Fond STZ, pův. č. 438, časový rozsah 1948-1991, karton 3.

⁷² Zápis z porady vedení konané dne 23. listopadu 1981, in: SOA Praha, Fond PTZ, Zápisy z porad vedení, Karton 12.

⁷³ Zápis z porady vedení konané dne 4.5.1986, in: SOA Praha, Fond PTZ, Zápisy porady vedení, Karton 12.

⁷⁴ Besuchsbericht, 24. Oktober 1990, in: SOA Olomouc, Fond Milo, s. p. Olomouc, Folgenummer 14, Karton 61.

Konzern Fettindustrie Prag aufgelöst wurde und nun Lizenzverträge unter sieben unabhängig gewordenen Staatsbetrieben verteilt wurden.⁷⁵ In der unübersichtlichen Situation der Transformation (unklare Gesetzesänderungen, unbekannte Besitzerverhältnisse im Laufe der Privatisierung, Kommunikationsprobleme) entschieden die Unternehmen in Deutschland aber, die Lizenzverträge 1992 bzw. 1993 auslaufen zu lassen und eigene Filialniederlassungen in Tschechien und in der Slowakei zu gründen. Von den ursprünglichen Betrieben absolvierten die Astrid AG und Setuza AG (Severočeské tukové závody) eine erfolgreiche Transformation; ihr Produktportfolio war allerdings viel kleiner und es beinhaltete keine Lizenzprodukte mehr. Aus Kozmetika Bratislava wurden zwei Firmen – die Palma AG und die AB Kozmetika AG. Da viele Produktionsanlagen während der 1970er und 1980er mit Importen aus der Bundesrepublik modernisiert worden waren, konnten die Firmen auch unter den Bedingungen der Marktwirtschaft konkurrenzfähig bleiben. Die Privatisierung von AB Kozmetika mündete jedoch in zahlreiche Schwierigkeiten, die letztendlich zur Produktionseinstellung führten.

Im Falle der ehemaligen DDR handelte es sich um eine sehr spezifische Entwicklung, die nicht nur mit dem Übergang zur Marktwirtschaft, sondern auch mit der Wiedervereinigung Deutschlands verbunden war. Viele der ostdeutschen Betriebe überlebten diesen Übergang nicht – entweder konnten sie mit ihrer Produktion mit den westdeutschen Firmen gar nicht konkurrieren oder sie wurden von diesen privatisiert und später oft liquidiert. Eine interessante Ausnahme bilden zwei Betriebe, die in diesem Beitrag bereits erwähnt wurden: Florena Waldheim änderte ihren Namen in Florena Cosmetic GmbH. Die Firma war fähig, dank der Zusammenarbeit mit Beiersdorf zu überleben und im Jahr 1998 wurden die Produkte in über 35 Länder exportiert. 2002 wurde der Betrieb vollständig von der Beiersdorf AG übernommen und hieß nun Beiersdorf Manufacturing Waldheim GmbH. Bis in die Gegenwart werden hier die Florena- und Nivea-Cremes hergestellt, es handelt sich um ein erfolgreiches Unternehmen mit etwa 300 Angestellten.⁷⁶

Im Falle des Schokoladenbetriebs in Saalfeld war das Schicksal auch gnädig. Die Stollwerck AG, die mehrere Lizenzen an das Thüringer Schokoladenwerk vergeben hatte, war sich nach dem Mauerfall mit den DDR-Partnern über die weitere Zusammenarbeit nicht einig. Deswegen ging der Standort in Saalfeld im März 1990 eine Kooperation mit der Firma Alfred Ritter GmbH & Co. KG ein. Der Cannstatter Partner übernahm den Betrieb in Saalfeld,

⁷⁵ Zpráva ze zahraniční služební cesty, vykonané do SRN ve dnech 7.10.-17.10. 1990, in: SOA Olomouc, Fond Milo, s. p. Olomouc, Folgenummer 14, Karton 61.

⁷⁶ Vgl. *D. Wurzel*, Beiersdorf will Florena stärken – Produkte der Ost-Marke verlassen auch Waldheimer Werk. In: Leipziger Volkszeitung, 5. April 2017, online <http://www.lvz.de/Region/Doebeln/Beiersdorf-will-Florena-staerken-Produkte-der-Ost-Marke-verlassen-auch-Waldheimer-Werk>, 9.4.2017.

zusammen führte man die neue Markenschokolade Thürina ein. Sie hatte jedoch nur ein kurzes Leben, denn nachdem die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft gesetzt wurde, war die Thürina in der DDR und in der erheblichen Konkurrenz mit den Westwaren nicht mehr verkaufbar. Deswegen wurde die Zusammenarbeit mit Ritter aufgelöst. Vor dem Schicksal anderer DDR-Betriebe rettete die Saalfelder das persönliche Engagement des Stollwerck-Aufsichtsratsvorsitzenden Hans Imhoff. Er handelte mit der Treuhandanstalt spezifische Bedingungen aus und verpflichtete sich, jährlich Waren im Wert von 280 Millionen Mark abzunehmen. Das Schokoladenwerk wurde damit wieder zum größten Schokoladenproduzenten in den neuen Bundesländern.⁷⁷

Abb. 1: Eine Werbung von Nivea auf der Vorderseite eines Busfahrplanes im Südböhmischen Bezirk für die Jahre 1973-1974. Im unteren Teil ist die Marke des Herstellers Astrid deutlich sichtbar. Quelle: Archiv Beiersdorf.

Die vorgestellten Beispiele der Gestattungs- und Lizenzproduktion in der DDR und der ČSSR zeigen, dass die Kosmetikbetriebe in beiden Ländern infolge der Kooperation mit westdeutschen Firmen die Qualität des Warenangebots am Binnenmarkt erhöhten. Die Wirtschaftlichkeit der Produktion blieb jedoch problematisch: Importierte Rohstoffe wurden in den 1970 Jahren teurer, auch gab es Schwierigkeiten mit geeigneten Verpackungen. Die Lizenzprodukte wurden zudem auch beworben, blieben jedoch in vielen Fällen Mangelware, da vor allem die Produkte der Gestattungsproduktion an Beiersdorf geliefert wurden und damit dem Binnenmarkt und den hier geweckten Bedürfnissen nicht zur Verfügung standen. Produktionsverträge und langjährige Zusammenarbeit waren jedoch wichtig, um die Probleme des Transformationsprozesses zu überwinden: Die Staatsbetriebe mit Lizenz- und Gestattungsproduktion verfügten deswegen bereits über moderne Maschinen und Fertigungsstraßen, die ihnen im Vergleich zu anderen Staatsbetrieben einen gewissen Vorteil gaben: In Gemeinschaft mit westlichen Kooperationspartnern und Kapital wurde die Transformation zu Privatfirmen in manchen Fällen deswegen einfacher, wie es vor allem die ostdeutschen Beispiele zeigen.

JEL-Codes: N 34, N 44, N 64, N74, N 84, O 14, O 31, O 33, P 33, P 36

Pavel Szobi

⁷⁷ C. Jakobi, Der Schokoladenkönig, S. 39.

European University Institute
Department of History and Civilization
Via Bolognese 156
50139 Florence, Italy
E-Mail: pavel.szobi@eui.eu

Short biography: Pavel Szobi (1983) holds an MA and Ph.D. in History from the Charles University in Prague and works as research associate in the PanEur1970s Project at the European University Institute in Florence. He specializes in history of Czechoslovakia after 1945 and history of Eastern Bloc.